

UMWELT, KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: 30 ZENTRALE FRAGEN AN DIE POLITISCHEN PARTEIEN ZUR EU-POLITIK DER ZUKUNFT

	DP	Piraten	Déi Konservativ	KPL	Déi Lénk	Déi Gréng	LSAP	ADR
1. Teilen Sie die Ansicht, dass Luxemburg konsequent die Stimme für eine grundsätzliche Umgestaltung der EU erheben muss, bei welcher der Fokus weitaus stärker auf soziale, ökologische und demokratische Rechte gelegt wird, als dies bisher der Fall ist?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
2. Sind Sie der Überzeugung, dass die EU sich, den EU-Mitgliedsstaaten sowie der produzierenden Industrie verbindliche Ziele, was den Ressourcenverbrauch betrifft, auferlegen muss?	siehe Anmerkungen	ja	nein	ja	ja	ja	ja	nein
3. Setzen Sie sich für eine EU-weite allgemeine CO₂-Steuer ein?	ja siehe Anmerkungen	ja	nein	ja	nein siehe Anmerkungen	ja	ja	nein
4. Setzen Sie sich für eine EU-weite Besteuerung des Kerosinverbrauchs ein, die den reellen externen Kosten des Flugverkehrs entspricht?	jo	nein	nein	ja	nein siehe Anmerkungen	ja	ja	nein
5. Unterstützen Sie die Schaffung eines zweckgebundenen Naturschutzfonds im mehrjährigen EU-Finanzrahmen , der u.a. über Finanzmittel aus der EU-Agrarpolitik finanziert und min. 15 Milliarden Euro / Jahr beinhaltet?	siehe Anmerkungen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
6. Unterstützen Sie die Forderungen der Nicht-Regierungsorganisationen, in Zukunft alle EU-Förderinstrumentarien (u.a. auch diejenigen der EIB) einem Nachhaltigkeits-Check in Bezug auf ihre Auswirkungen auf den Erhalt der Biodiversität zu unterwerfen? Dies nicht nur im EU-Raum, sondern auch in Drittländern (z.B. in Bezug auf die Kleinbauern in den sogenannten Dritte Welt Ländern).	ja	ja	nein	ja	ja	ja	ja	ja
7. Treten Sie dafür ein, dass die Fördermittel der Agrarpolitik in Zukunft verstärkt darauf abzielen, Landwirte für Ihre Leistungen im Sinne der Allgemeinheit zu entlohnen statt pauschaler Prämien?	Die Nahrungsmittelherstellung ist im Sinne der Allgemeinheit	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
8. Treten Sie für ein Maßnahmenpaket auf EU-Ebene mit entsprechenden Aktions- und Finanzmitteln ein, um dem dramatischen Arten- und im Besonderen Insektenrückgang Einhalt zu gebieten und dessen Ursachen zu bekämpfen?	siehe Anmerkungen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
9. Treten Sie für eine Reform des Pestizidzulassungsverfahrens ein, bei dem die Prüfung durch ein unabhängiges wissenschaftliches Institut erfolgt und im Sinne einer größtmöglichen Transparenz veröffentlicht wird (wobei Kombinationseffekte verschiedener Wirkstoffe ebenso berücksichtigt werden, wie Umweltwirkungen und subletale Effekte).	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
10. Setzen Sie sich für ein Verbot schädlicher Wirkstoffklassen , wie vor allem von Neonikotinoiden, ein?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
11. Muss ein Monitoring des Pestizideinsatzes mit besonderem Fokus auf die Artenvielfalt verbindlich vorgeschrieben werden?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	siehe Anmerkungen

	DP	Piraten	Déi Konservativ	KPL	Déi Lénk	Déi Gréng	LSAP	ADR
12. Stehen Sie ein für die Erstellung eines starken und ambitionierten 8. Umweltprogrammes auf EU-Ebene und dessen effektive Umsetzung?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja (unter Berücksichtigung der sozialen Konsequenzen)	ja
13. Müssen im Rahmen des Fitnesschecks der Richtlinie zur Luftqualität strengere Normen festgelegt und dessen Umsetzung in den Mitgliedsländern konsequenter garantiert werden?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
14. Muss die Überarbeitung der Chemikalien-Richtlinie Reach genutzt werden, um den Schutz der Bevölkerung zu erhöhen sowie die Vorgaben zu deren Umsetzung zu verbessern?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
15. Sollte der Wasserschutz im Rahmen des anstehenden Fitnesschecks der Wasserrahmenrichtlinie verschärft werden?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
16. Treten Sie für ein europäisches Wirtschaftsmodell ein, das den Grenzen des Planeten explizit Rechnung trägt und demnach nicht primär auf Wachstum ausgerichtet sein kann?	Diese Frage ist nicht mit ja oder nein zu beantworten	ja	ja	ja	ja	ja	ja (nicht primär auf BIP-Wachstum ausgerichtet)	ja
17. Setzen Sie sich für eine Verlagerung der europäischen Investitionspolitik im Verkehrsbereich weg von ökologisch und ökonomisch fragwürdigen Straßenbauprojekten hin zum konsequenten Ausbau der Schieneninfrastruktur, der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, d.h. für eine weitgehende Verkehrswende ein?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein siehe Anmerkungen
18. Sind Sie der Überzeugung, dass bei allen Politikentscheidungen (Direktiven, Finanzinstrumente, Strukturfonds, internationale Beziehungen und Vereinbarungen) die Wahrung folgender drei Prinzipien untersucht und gewährleistet wird? Die Entscheidungen müssen: * im Respekt des Erhalts der Ökosysteme und der Lebensgrundlagen (Biodiversität, Luft, Wasser, Boden, Klima sowie der Schutz der Ressourcen) erfolgen; * zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen beitragen; * prioritär im Interesse des Wohlbefindens der Menschen stehen.	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja (sozial gerecht)	ja
19. Treten Sie dafür ein, dass Gelder aus dem EU-Haushalt, den Strukturfonds sowie der EIB zukünftig nicht mehr in fossile und nukleare Energie- und Forschungsprojekte (u.a. ITER) investiert werden, sondern exklusiv nachhaltigen Alternativen zu gute kommen, welche vorab einem Klimacheck unterworfen wurden?	nein (Ist ITER nicht nachhaltig?)	ja	nein	ja	ja	ja	ja	nein siehe Anmerkungen
20. Muss sich Luxemburg konsequent für die Abänderung des Euratom-Vertrages einsetzen, indem dieser zu einem schlagfertigen Instrument zum Ausstieg aus der Atomkraft fortentwickelt wird?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
21. Muss Ihrer Meinung nach die EU verstärkt - in Direktiven, Strategien, Vereinbarungen, im Rahmen der Fördermittel - die Förderung neuer Lebensmodelle , von Gemeinwohliniatiiven, der Regionalität, neuer Arbeitszeitmodelle - als Instrumente zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen sicherstellen?	nein (nationale Aufgabe)	ja	ja	ja	ja	ja	nein	nein

ANMERKUNGEN ZU EINZELNEN FRAGEN

DP

Das Überleben unseres Planeten wird in Zukunft die wichtigste globale Aufgabe sein. Bis 2050 müssen wir den Kohlenstoffausstoß unserer Wirtschaften herunterfahren. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass wir nicht mehr nur über Lösungen sprechen, sondern uns auf die Festlegung einer notwendigen Strategie zur Rettung unseres Planeten einigen. Hierbei müssen wir die Ziele sehr hoch ansetzen und mit fester Überzeugung über die Grenzen der Union hinaus ein Umdenken im Produktions-, Lager- und Verteilungswesen sowie im Energieverbrauch anstreben.

Wenn sich nicht alle, und vor allem jene großen Staaten, die eine hohe Umweltverschmutzung aufweisen, an dieser Aufgabe beteiligen, kann die Erderwärmung nicht auf 1,5° Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit begrenzt werden. Die Europäische Union muss in dieser Angelegenheit auch mit den Schwellenländern, die heute für einen Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, zusammenarbeiten. Tatsächlich werden wir den Klimawandel ohne die feste Entschlossenheit Chinas, der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Indiens und Russlands - die gegenwärtig für jeweils 30, 15, 9, 7 und 5% der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind - und ohne Afrika, dessen Bevölkerungszahl jene Chinas und Indiens bis zum Ende dieses Jahrhunderts übertreffen wird, nicht entschleunigen können. Die DP fordert die Festlegung eines Zukunftsplans, der klare Ziele sowie einen konkreten finanziellen und zeitlichen Rahmen für die Umsetzung unterschiedlicher Maßnahmen zur Reduzierung des Kohlenstoffausstoßes und der Verwirklichung der Energiewende vorsieht.

Aus diesem Grund erwarten wir vom nächsten EU-Kommissionspräsidenten, dass er die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie, unter Miteinbeziehung der großen 8 Treibhausgasemittenten, zur absoluten Priorität seines Mandats erklärt und die Schwerpunkte dieser Strategie innerhalb der ersten hundert Tage seines Mandats vorstellt.

Die DP erwartet von der nächsten Kommission, dass sie einen Wandel in der Energiepolitik anstrebt und Widerständen, Vorbehalten, Engstirnigkeit und nationalen Egoismen entschlossen entgegentritt. Tatsächlich ist die Dekarbonisierung der Wirtschaft keine Frage der technischen Machbarkeit mehr, sondern des politischen Willens und der Investitionsstrategie.

Wir müssen die großen nichteuropäischen Umweltverschmutzer davon überzeugen, Emissionshandelssysteme anzuwenden, die dem europäischen Beispiel folgen. Im Rahmen der Förderung von Windkraft und Solarenergie sind die wichtigsten Fragen, die es zu beantworten gilt, jene nach der Energieversorgungssicherheit, nach der Finanzierung von Produktionseinheiten in großem Stil sowie des Energietransports und der -verteilung. Aus diesem Grund sind alle öffentlichen und privaten Anstrengungen notwendig, um den Energiewandel hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft voranzutreiben.

Außerdem plädiert die DP für eine Stärkung der Rolle und der Kompetenzen der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Rahmen der Finanzierung von Klimaprojekten.

Frage 2 Eine nachhaltige Zukunft kann nur erreicht werden, wenn alle mitmachen. Die DP spricht sich bei vielen Antworten des Fragebogens für ein *Level playing field* aus. Nur so ist es möglich, Klima- und Umweltschutz ebenso wie einen nachhaltigen Ressourcenverbrauch in der europäischen Wirtschaft dauerhaft zu gewährleisten ohne einzelnen Staaten oder Wirtschaftszweigen einen Konkurrenznachteil gegenüber ihren weltweiten Konkurrenten zu verschaffen.

Frage 5/8 Der EU-Haushalt ist finanziell begrenzt. Um verschiedene Maßnahmen finanzieren zu können, muss entweder der EU-Haushalt deutlich erhöht werden oder diese Maßnahmen müssen über die nationalen Haushalte finanziert werden. Grundsätzlich würden wir eine Steigerung des EU-Haushalts befürworten. Bei Fragen 5 und 8 plädieren wir jedoch für Letzteres, da es die realistischere Variante ist.

Frage 18: Politikentscheidungen sollen prinzipiell diese Prinzipien gewährleisten. Die DP warnt jedoch vor einer zusätzlichen Bürokratisierung der europäischen Entscheidungsprozesse.

Frage 22: Die DP begrüßt, dass die Regierung regelmäßig auf öffentliche Debatten einlädt (z.B. europäische Bürgerkonsultation mit Präsident Macron, Kommissar Günther Oettinger usw.) und unterstützt auch in Zukunft Debatten über die Ausrichtung der EU-Politik.

Frage 27 Die DP ist der Meinung, dass die EU-Kommission jetzt schon den Bürgern umfassende Informationen zur Verfügung stellt, verschließt sich jedoch nicht einer Erweiterung dieser.

Déi Konservativ

Unsere Partei setzt sich für ein ökologisches Europa, sowie den Erhalt und Schutz der Natur als Lebensumfeld von Mensch und Tier ein. Wir sind jedoch gegen Klimapopulismus und den lobbyistischen und politischen Profit mit dem Thema, sowie dessen ideologische Vereinnahmung.

KPL

Die KPL beantwortet alle 30 Fragen des Mouvement Ecologique mit einem JA, ist aber der Ansicht, dass viele dieser Forderungen in der gegenwärtigen EU, die von den Interessen der Banken und des Großkapitals dominiert wird, nur schwer oder nicht zu verwirklichen sind. Daher tritt die KPL dafür ein, die EU in ihrer bisherigen Form aufzulösen und im Interesse der Lohnabhängigen eine neue Struktur zu schaffen, die auf einer wirklichen solidarischen Basis funktioniert und den gesellschaftlichen Interessen in sämtlichen Bereichen (Demokratie, Wirtschaft, Sozialpolitik, Naturschutz, Klimaschutz usw.) Vorrang vor Partikularinteressen einer kleinen Minderheit von Reichen und Kapitalbesitzern gibt.

Déi Lénk

Frage 3 Eine undifferenzierte CO₂-Steuer würde die Kosten für den Kampf gegen den Klimawandel vollständig auf die KonsumentenInnen umlegen und dabei vor allem die schwachen Einkommensklassen überproportional belasten. Durch den Kaufkraftverlust würden in Europa ganze Bevölkerungsteile in die Armut rutschen. Die Last beim Klimaschutz müssen vielmehr jene tragen, die das Problem vorrangig verursacht haben. Eine CO₂-Steuer würde nur dann annehmbar, wenn der Kaufkraftverlust für die kleinen und mittleren Einkommen durch entsprechende Gegenmaßnahmen vollständig kompensiert werden kann. Auch müssen parallel dazu mit öffentlichen Mitteln Alternativen aufgebaut werden (Ausbau Schienenverkehr, erneuerbare Stromquellen, Biolandwirtschaft, etc.), die es den KonsumentInnen erlauben, auf CO₂-arme Produkte umzusteigen.

Frage 4 Fliegen darf nicht zu einem Privileg für Reiche werden. Eine solche Besteuerung wäre nur dann annehmbar, wenn eine Rückerstattung der Steuer (oder eines Teils der Steuer) je nach Einkommensklasse vorgesehen ist.

Déi Gréng

Frage 24 Wer entscheidet, welche Entscheidungen auf EU-Ebene wichtig sind und deshalb ein explizites Mandat der Chamber benötigen würden? Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Chamber und dem Europäischen Parlament stärken. Damit die EU erfolgreicher werden kann, muss das Europäische Parlament enger und regelmäßiger mit nationalen Parlamenten zusammenarbeiten. Gleichzeitig müssen letztere ihre europäischen Kenntnisse und Kapazitäten stärken. Das derzeitige Subsidiaritätssystem, in dem die nationalen Parlamente neuen europäischen Gesetzesvorschlägen mit einer gelben Karte widersprechen können, funktioniert unserer Meinung nicht. Wir schlagen die Einführungen einer Grünen Karte für nationale und regionale Parlamente vor. Ein solches System würde es den Parlamenten erlauben, konstruktiver in den Gesetzgebungsprozess einzuwirken und den Standpunkt ihres Mitgliedstaates besser im Rat und in der Eurogruppe zu überwachen.

LSAP

Frage 21 "Förderung neuer Lebensmodelle" scheint uns zu vage ausgedrückt, um diese Frage mit ja beantworten zu können. Außerdem spielt hier eine latente kulturelle Dimension mit, die nicht unbedingt über Direktiven zu bewerkstelligen ist.

Frage 5 Ein Naturschutzfonds soll aus neuen EU-Eigenmitteln finanziert werden, die gemäß dem pollueur-payeur Prinzip erhoben werden.

Frage 23 Eine solche Debatte sollte vorzugsweise gleich nach dem Erscheinen des jährlichen Arbeitsprogramms der EU-Kommission stattfinden.

Frage 24 Wir treten dafür ein, dass die zuständigen Ministerien vor wichtigen EU-Entscheidungen die Meinung der zuständigen parlamentarischen Kommission einholen.

ADR

Frage 11 Ein solches Monitoring darf nicht auf Ebene des einzelnen Betriebes gemacht werden, sondern auf EU-Ebene.

Frage 17 Die ADR stellt die Legitimität des Individualverkehrs, inklusive mit Pkw, nicht in Frage.

Frage 19 Der Ausstieg aus der Atomenergie ist EU-weit derzeit kein realistisches Ziel. Die Entwicklung geht eher in die andere Richtung.